

## **Senioren 1 - Bartenstein: Seniorenpolitik ist mehr als Pensions- und Versorgungspolitik**

Utl.: Enquete des Familienministeriums zum Internationalen Tag der älteren Menschen =

Wien (OTS) - "Schon allein wegen der steigenden Lebenserwartung und der zunehmenden Zahl älterer Menschen darf die Lebensphase nach 60 Jahren nicht als bloßer Lebensabend betrachtet werden. Sie ist nach dem Jugend- und nach dem Erwerbssalter als vollwertiger dritter Lebensabschnitt anzusehen, in dem die Interessen des einzelnen an Bedeutung zunehmen. Seniorenpolitik muß mehr sein als nur Pensions- und Versorgungspolitik, schließlich wird bald ein Drittel unserer Bürger zur Gruppe der über 60-jährigen gehören." Das sagte Familienminister Dr. Martin Bartenstein heute, Mittwoch, bei einer Seniorenpolitik-Enquete des Familienministeriums in Wien.

"Die Interessen des einzelnen werden mehr als bisher eine Mischung aus Erwerbstätigkeit, Nicht-Erwerbstätigkeit und der Ausübung von Ehrenämtern sein", so Bartenstein. Der ältere Mensch sei allein schon wegen des medizinischen Fortschritts leistungsfähiger als früher.

Das werde sich auch auf die Solidarität zwischen den Generationen auswirken, so der Minister weiter. "Diese Solidarität darf keine Einbahnstraße sein." Neben den Solidaritätsleistungen der jüngeren Generation durch Pensionsbeiträge und die Altenpflege werde die Arbeit von älteren Menschen in Kinderbetreuung, Angehörigenpflege und anderen inner- bzw. außerfamiliären Tätigkeit zunehmen.

Zwtl.: Alterspensionisten sollen weiterarbeiten dürfen

Wer in die reguläre Alterspension eintritt, soll ohne Kürzung der Pension weiterarbeiten dürfen, wenn er es möchte, so Bartenstein weiter. Für Frühpensionisten soll diese Regel aber nicht gelten. In der Regel seien diese Menschen in Arbeitsbereichen tätig, in denen sie keinem Jugendlichen den Platz wegnehmen.

Bartenstein bekräftigte die Position der Bundesregierung, wonach bei der geplanten Pensionsreform in bestehende Pensionen nicht eingegriffen werde. Lange Übergangszeiträume sollen auf jene Erwerbstätigen Rücksicht nehmen, die jetzt vor der Pension stehen.

Die Notwendigkeit einer Reform ergebe sich aber aus der demographischen Entwicklung: Trotz steigender Lebenserwartung sei das Pensionsantrittsalter gesunken. In den letzten 25 Jahren sei die Lebenserwartung um über sechs Jahre gestiegen, während im gleichen Zeitraum das Pensionsantrittsalter um vier Jahre gesunken sei. Im Jahr 2030 werde jeder dritte in Österreich zur Gruppe der über 60-jährigen gehören, gegenwärtig ist es jeder fünfte.

Für das Jahr 1999, das von den Vereinten Nationen zum Jahr der älteren Generation ausgerufen wurde, beginnen mit der heutigen Enquete die Vorarbeiten. Innerhalb der Bundesregierung hat das Familienministerium in Übereinstimmung mit dem Sozialministerium die Federführung übernommen.

(Fortsetzung)

Rückfragehinweis: Bundesministerium für Umwelt, Jugend & Familie

Dr. Ingrid Nemec  
Tel.: (01) 515 22 DW 5051

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0145 1997-10-01/12:16

011216 Okt 97

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19971001\\_OTS0145](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19971001_OTS0145)